

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine des Vereins „animal public e.V.“

Strukturelle Stärkung des Tierschutzes

Spricht sich Ihre Partei für die Einführung eines Verbandsklagerechtes in Brandenburg aus? Wenn ja, wie wird sie sich dafür einsetzen?

Ja. DIE LINKE befürwortet eine Tierschutz-Verbandsklage. Die gerichtliche Überprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen ist ein wichtiges Element des Rechtsstaats. Die Verbandsklage ist die einzige Möglichkeit, behördliche Entscheidungen vom Gesichtspunkt des Tierschutzes her auf ihre Rechtmäßigkeit überprüfen zu lassen. Im Falle einer Regierungsbeteiligung würden wir bei unseren Koalitionspartnern für die Einführung werben.

Wird sich Ihre Partei für die Stärkung des Mitspracherechts des hauptamtlichen, unabhängigen Landestierschutzbeauftragten in Brandenburg einsetzen?

Für uns ist eine unabhängige Stellung des Tierschutzbeauftragten wichtig. Die Aufgaben sollten jedoch nicht mit den Vollzugsaufgaben zum Tierschutz – die in Brandenburg vielfach bei den Landkreisen liegen – vermengt werden. Der Tierschutzbeauftragte soll Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger sein, konzeptionell arbeiten und grundsätzliche Lösungswege für tierschutzrelevante Fragestellungen erarbeiten, Berater für Verwaltung und Verbände sein und die Funktion eines Mahners für den Tierschutz ausüben.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, den Tierschutz als einen wesentlichen Bildungsauftrag anzuerkennen?

Ja, Bildungs- und Informationsangebote zum Tierschutz sind ein wichtiges Mittel, um besseren Tierschutz in der Gesellschaft voranzubringen.

Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, damit der Tierschutz verpflichtend schon ab der Grundschule in die Lehrpläne, die Prüfungsordnungen der Lehrerausbildung sowie in das Schulgesetz aufgenommen wird?

Grundsätzlich teilen wir das Anliegen, Tierschutz zum Gegenstand der Lehre in der Grundschule zu machen. Lehrpläne werden aber nicht vom Parlament, sondern von Wissenschaftlern und Pädagogen erarbeitet. Parteien haben dabei (richtiger Weise) keine Mitwirkungsmöglichkeit. Im Schulgesetz werden keine detaillierten Lehrinhalte festgelegt.

Handel mit Wildtieren/Gefahrtiere

Es gibt immer mehr gefährliche exotische Tiere in Privathand. Brandenburg hat es bisher versäumt, Bestimmungen zu Gefahrtieren zu erlassen. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Privathaltung von Wildtieren durch Positivlisten zu regulieren?

Wenngleich wir Gefahrtierbestimmungen ausdrücklich begrüßen, sind Positivlisten aus unserer Sicht zielführender. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, Positivlisten für Haustiere einzuführen?

DIE LINKE befürwortet die Einführung einer Positivliste für Tiere, die im Privathaushalt gehalten werden können. Solch eine Liste sollte auch Kriterien des Tier-, Natur- und Artenschutzes sowie des möglichen Gefahrenpotentials gegenüber Menschen und anderen Tieren berücksichtigen.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Exotenbörsen auf kommunalen Flächen einsetzen?

Wir wenden uns nicht grundsätzlich gegen die Haltung und den Handel von Tieren. Voraussetzung ist, dass es sich um Arten handelt, deren Haltung mit den Grundsätzen des Tierschutzes vereinbar ist und die Tierschutzbestimmungen bei den Börsen selbst eingehalten werden.

Zudem werden immer mehr exotische Tiere ausgesetzt. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Mittel für Tierheime aufstocken, damit diese Tiere artgerecht untergebracht werden können?

Grundsätzlich ja, wobei die Unterbringung der Tiere eine kommunale Aufgabe ist.

Wildtierhaltung im Zirkus

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der Wildtierhaltung im Zirkus einsetzen, zum Beispiel über eine Bundesratsinitiative?

DIE LINKE befürwortet ein Haltungsverbot von Wildtieren im Zirkus. Eine artgerechte Haltung wildlebender Tiere unter den Bedingungen eines auf Mobilität angewiesenen Unternehmens ist aus unserer Sicht nicht möglich.

Jagdgesetz

Strebt Ihre Partei eine Novellierung des Brandenburgischen Landesjagdgesetzes an? Wenn ja, welche Änderungen möchten Sie vornehmen?

Eine Novellierung des Jagdgesetzes steht für uns nicht oben auf der Prioritätenliste für die nächste Legislaturperiode. Wir würden uns dem nicht verschließen, wenn es dafür gute Argumente gibt.

Spricht sich Ihre Partei für eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes aus? Falls ja, welche Änderungen würden Sie vornehmen?

Auf Bundesebene spricht sich DIE LINKE dafür aus, dass im Bundesjagdgesetz das gesellschaftspolitische Ziel der Jagd als Beitrag zu einer möglichst naturnahen Wald-, Land- und Fischereiwirtschaft formuliert und das Prinzip Wald und Wild konsequent verankert wird. Außerdem möchte DIE LINKE auch die Jagdausübung stärker an den gesellschaftspolitischen Anforderungen im Sinne einer naturnahen Waldbewirtschaftung ausrichten und die Themen Lebensmittelsicherheit, Tierschutz, Ökologie und Waldbau stärken.

Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot des Haustierabschlusses aus?

Wir halten ein grundsätzliches Verbot des Abschusses verwilderter Haustiere nicht für zielführend, da er notwendig sein kann um ökologische Schäden zu vermeiden. Hier ist aber in

besonderem Maße das Verantwortungsbewusstsein der Jägerinnen und Jäger gefragt, damit nicht betreute Haustiere betroffen werden.

Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot besonders grausamer Jagdpraktiken (z.B. Fangjagd mit Totschlag- und Lebendfallen, Fangen und Töten von Tieren im befriedeten Bezirk, Baujagd, Jagdhundausbildung an lebenden Tieren) aus und welche Maßnahmen wird sie ergreifen?

Auch bei der Jagd gilt der Grundsatz, dass den Tieren keine unnötigen Leiden zugefügt werden dürfen. Aus diesem Grund bedeutet die Fallen- oder Baujagd eine besonders hohe Verantwortung, ist aber in bestimmten Fällen unverzichtbar, z.B. bei der Jagd auf invasive Arten wie den Waschbären. Eine Aufnahme eines Sachkundenachweises und zertifizierter Fallen sind geeignet, die Tierschutzgerechtigkeit zu sichern. Das Fangen von Tieren in befriedeten Bezirken kann im Ausnahmefall notwendig sein (z.B. Wildschweine in Siedlungen).

52 Kommunen im Land haben sich auf Initiative des Bauernbunds bereits zur wolfsfreien Zone erklärt. Die Initiatoren und ihre Unterstützer fordern, die weitere Ausbreitung des Wolfes konsequent zu bekämpfen und Wölfe überall dort konsequent zu bejagen, wo er eine Bedrohung für Menschen und Weidetiere darstellt. Erst kürzlich kam es erneut zu illegalen Wolfsabschüssen. Spricht sich Ihre Partei für die Aufnahme des Wolfes in das Jagdrecht aus?

Wir halten eine Aufnahme des Wolfs ins Jagdrecht nicht für zielführend, zumal sich dadurch der EU- und bundesrechtlich vorgegebene Schutzstatus nicht ändert. Weidetierhalter müssen durch eine Weidetierprämie, geförderte Schutzmaßnahmen und Entschädigung für Wolfsschäden unterstützt werden. Wir befürworten eine Vergrämung und Tötung einzelner Wölfe mit individuell problematischem Verhalten, aber keine allgemeine Bestandsregulierung.

Spricht sich Ihre Partei für einen regelmäßigen Nachweis der Schießfertigkeit aus?

Wir begrüßen eine bundeseinheitliche Regelung zum Schießübungsnachweis zur Verlängerung des Jagdscheins.

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die Jagdfreistellung von Grundbesitz durch den Eigentümer deutlich vereinfacht wird und auch juristische Personen die Jagdfreistellung von Grundbesitz gemäß § 6a BJagdG beantragen können?

Das Eigentümerrecht auf Jagdfreistellung aus ethischen Gründen ist gemäß Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte zu respektieren. Es sollte jedoch nicht dazu führen, dass Jagdausübung in der Fläche in der Praxis undurchführbar wird.

Haltung von Tieren in Zoos

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass die rechtswidrige Praktik, des Flugunfähigmachens von Zoovögeln konsequent unterbunden werden? Wie will sie das in Brandenburg umsetzen?

Die gesetzlichen Regelungen müssen eingehalten werden. Für die Kontrolle sind in Brandenburg die Landkreise zuständig.

Wird ihre Partei dafür Sorge tragen, dass die zoologischen Einrichtungen alle aktuellen Haltungsvorgaben vollumfänglich erfüllen?

Wird sich ihre Partei dafür einsetzen, dass alle zoologischen Einrichtungen nach §42 BNatSchG die naturschutzrechtlichen Vorschriften vollumfänglich erfüllen und entsprechend genehmigt werden oder anderenfalls konsequent geschlossen werden?

Selbstverständlich müssen auch zoologische Einrichtungen die gesetzlichen Regelungen und Auflagen erfüllen. Wenn rechtliche Vorgaben nicht eingehalten und die Mängel nicht abgestellt werden, kann solche Tierhaltung nicht weiter betrieben werden.

Tierversuche

Wird sich Ihre Partei für das Vorankommen einer tierversuchsfreien Forschung (Förderung von Alternativmethoden zum Tierversuch) im Land Brandenburg einsetzen? Wenn ja, wie?

Mittelfristig muss es das Ziel sein, Tierversuche überflüssig zu machen. Die Forschung dazu muss aber nicht in jedem Bundesland separat durchgeführt werden. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, auf Bundesebene der Förderung der Entwicklung von Ersatzverfahren einen höheren Stellenwert zu geben.

Wird sich Ihre Partei für ein tierverbrauchs-/tierversuchsfreies Studium einsetzen und wenn ja, wie?

Dazu ist bei uns die Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen. Es ist zwischen der Bedeutung der Arbeit am Tier für den Lernerfolg und Erkenntnisgewinn einerseits und dem Schutz der Tiere andererseits abzuwägen, insbesondere wenn Tiere speziell für den Unterricht getötet werden.

Abschließende Frage

Welche tierschutzrelevanten Themen – außer den bereits angesprochenen – sind Ihrer Meinung nach besonders wichtig, und welche Initiativen werden Sie dazu in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen?

Ein zentrales Thema ist für DIE LINKE die Umsetzung des beschlossenen Tierschutzplanes für die landwirtschaftliche Nutztierhaltung. Hier geht es darum, die Haltungsbedingungen für Tiere zu verbessern. Wesentliche Instrumente sind unter anderem Förderung tierschutzrelevanter Investitionen, Beratung von Tierhalter*innen, Verbesserung der rechtlichen Standards, Schaffung von Demonstrationsbetrieben mit vorbildlicher Haltung.